

Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Erscheint
täglich Donnerstags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pfg., auswärtig 25 Pfg. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Zeitspiegel“ 5 Pfg. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 M. — Durch den Briefträger 1.40 Mark.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Junke**, Aue (Erzgebirge).
Redaktion u. Expedition: **Aue**, Marktstraße.

Inserate
die einseitige Zeilzeile 10 Pfg., amtliche Inserate die Corpus-Zeile 25 Pfg., Reklamen pro Zeile 20 Pfg. Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größeren Inseraten u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Alle Postkonten und Landbriefträger nehmen Bestellungen an.

Nr. 81

Sonntag, den 18. Juni 1899.

12. Jahrgang.

Auerthal-Zeitung

erscheint

jetzt täglich,

kostet

pro Monat

nur 20 Pfennige.

Deutscher Reichstag

93. Sitzung vom 15. Juni, 1 Uhr.

L.D.: Fortsetzung der 3. Lesung des Invalidenversicherungsgesetzes. — Die Sozialdemokraten beantragen durch einen Antrag Albrecht die Wiederherstellung der in der 2. Lesung beseitigten Schutzvorschriften in den §§ 130a bis 130c.

Abg. Roesicke (wildf.) erklärt, prinzipiell pflichte er dem Antrage bei, er werde für ihn stimmen, trotzdem er bemerken müsse, daß er ihm etwas zu weit gehe, wenn er auch die häuslichen Betriebe mit einbeziehe. Es empfehle sich Beschränkung auf die eigentlichen Gewerbebetriebe im Verein mit verstärkter Gewerbeaufsicht.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Geh. Rat. Fischer: Auch die sächsische Regierung ist grundsätzlich dem weiteren Ausbau des Arbeiterschutzes geneigt. Aber der in Aussicht genommene Weg ist nicht zweckmäßig. Insbesondere würden durch die Schaffung einer neuen Kontrollinstanz Schwierigkeiten entstehen, die mehr schaden als nützen würden. Nicht derjenige ist am besten bedient, der die meisten Diener zur Verfügung hat. Meine Regierung sucht das erstrebte Ziel durch Vermehrung der Gewerbeaufsichtsräte zu erreichen. Man hat sogar die Absicht, weibliche Inspektoren anzustellen. Im Namen meiner Regierung bitte ich, die bedenklichen Bestimmungen, die vielleicht unannehmbar erscheinen möchten, abzulehnen.

Abg. Wurm (Soz.) bemängelt die sächsische Fabrikinspektion.

Abg. Dr. Vehr (natl.): Ich muß die Angriffe des Vorredners auf die sächsische Gewerbeinspektion mit Entschiedenheit zurückweisen. Ich habe 19 Jahre lang mit den sächsischen Gewerbeinspektoren zu arbeiten Gelegenheit gehabt und kann nur sagen: ich wünschte, die Gewerbeinspektion sei im ganzen deutschen Reich so gut wie im Königreich Sachsen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die sächsische Regierung steht über den Angriffen von jener Seite. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abg. Zeitler (kons.) verteidigt ebenfalls die sächsische Gewerbeinspektion und erklärt, daß seine Partei gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werde.

Abg. Hise (Zentr.) erklärt dasselbe. Der Antrag Albrecht wird alsdann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos in der Fassung der Kompromißvorschläge angenommen. — Sodann wird das Gesetz in der Gesamtabstimmung fast einstimmig angenommen.

Es folgt die 3. Lesung des Nachtragssetats.

Abg. Graf Arnim (Rp.) verlangt weitere Maßnahmen zur Hebung unserer Schutzgebiete und kritisiert die Landkonzessionen in Kamerun und Ostafrika, über welche sich der Kolonialrat soeben schlüssig gemacht habe.

Kolonialdirektor v. Buchta entgegnet, bei den beiden in Rede stehenden Landkonzessionen habe die Regierung einen ganz objektiven Standpunkt eingenommen und mit Vorbehalt den Kolonialrat befragt.

Zuzugeben sei, daß solche Konzessionen im allgemeinen nur da eine Berechtigung haben, wo das Land noch nicht erschlossen sei. Aber wo dies noch nicht der Fall sei, sehe er nicht ein, wie er das Land erschließen solle, wenn er solche Konzessionsgesuche ablehne.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) spricht dem Kolonialdirektor seinen Dank dafür aus, daß er das, was Deutschland in den Kolonien habe, zu erschließen suche, und daß er dabei in seinen Verträgen mit Privatgesellschaften nicht nur das private Interesse Einzelner, sondern das Gesamtinteresse des Reiches zu wahren suche in der Weise, wie er dies thue.

Der Nachtragssetat wird hierauf definitiv genehmigt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. — **L.D.:** Handelsprotokoll mit England, Vertrag mit Uruguay und Brasilien.

Schluß halb 5 Uhr.

Aus aller Welt.

* Die Nordlandreise des Kaisers wird am 4. Juli angetreten; sie wird 4 Wochen dauern. Zwei Torpedoboote dampfen zur Einholung der Post voraus; der kleine Kreuzer „Hela“ folgt als Begleitschiff.

* Gegen das Gesetz betr. den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses hat nun auch die Zentrumsfraktion Stellung genommen. Sie hat beschlossen, die Kommissionsberatung der Vorlage abzulehnen, d. h. bereits in der ersten Lesung gegen sie zu stimmen. Damit ist das Schicksal des Gesetzes besiegelt. — Der Name „Zuchthausgesetz“ ist auch in Baden verboten.

* Im Gothaer Landtage ließ der in Coburg abwesende Minister Strenge erklären, daß es wegen der noch stehenden Verhandlungen über die Thronfolge unthunlich sei, Mitteilungen darüber an die Volksvertretung gelangen zu lassen. Der Landtag ist durch diese Erklärung nicht befriedigt und wird in Gegenwart des Ministers darüber verhandeln.

* Jetzt ankern zwei deutsche und zwei französische Kriegsschiffe auf der Kopenhagener Röhde; erstere sind die Panzer „Griphof“ und „Ovin.“ Am Mittwoch gab der deutsche Gesandte den deutschen Offizieren ein Essen, zu dem, wie beim Diner der französischen Offiziere, der dänische Marineminister erschien, und am Donnerstag waren die deutschen und die französischen Seesoldaten gemeinsam vom Marineminister eingeladen worden. Gestern wurden die deutschen Offiziere vom Könige empfangen.

* Der Feldzug der Schutztruppe von Kamerun nach dem südlichen Binnenlande, auf dessen Ausgang man gespannt sein dürfte, scheint vollauf glücklich zu sein.

* Der von einem Beamten erhobene Vorwurf der „Schamlosigkeit“ geht nicht über das zulässige Maß der Bertheidigung hinaus! So entschied der erste Senat des Obergerichtes auf den von der königlichen Regierung zu Potsdam zu Gunsten des früheren Gemeindevorstehers von Schöneberg erhobenen Konflikt. Eine Züchtigung der Schüler durch die Lehrer im Berliner Vorort Schöneberg war durch ein im „Reporter“ veröffentlichtes Bild recht drastisch veranschaulicht. Um den Gemeindevorsteher Schmod zu einer Untersuchung zu veranlassen, wurde die Sache in der damaligen Gemeindevorstellung zur Sprache gebracht und auch das Bild im „Reporter“ vorgelegt. Mit Bezug hierauf fällte der Gemeindevorsteher ein abfälliges Urtheil über die Presse im Allgemeinen, im Besonderen bezeichnete er es als eine „Schamlosigkeit“ von der Zeitschrift „Reporter“, daß sie durch ein entstelltes Bild den ganzen Stand der Lehrer bloßstelle, durch seine Äußerung fühlten sich die Herausgeber des gefennzeichneten Blattes Kresse und Benz beleidigt und strengten gegen den Gemeindevorsteher Schmod die Beleidigungsklage an, die königliche Regierung zu Potsdam erhob den Konflikt, und das Obergericht erachtete denselben aus dem obigen Grunde für begründet. Infolge dessen

wurde auf Einstellung des Privatklageverfahrens erkannt.

* Der Verein evangelischer Glaubensgenossen in Wien, der kürzlich wegen einer Resolution, in der er die neuerstandene religiöse Bewegung begrüßte aufgelöst wurde, meldete die Berufung an und protestirte gegen den in der Auflösungsverfügung erhobenen Vorwurf der Staatsgefährlichkeit.

* Zur sofortigen Konstituierung der spanischen Deputiertenkammer soll der Gesetzentwurf betr. den Vertrag über die Abtretung der spanischen Südseeinseln an Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt und die Dringlichkeit für die Beratung erklärt werden, damit er noch vor Schluß des deutschen Reichstages angenommen werden könne.

* Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus dem Haag: Das holländische Ministerium machte namens der Königin dem Präsidenten Krüger lebhafteste Vorstellungen hinsichtlich der unglücklichen Folgen, die ein Festhalten an seiner gegenwärtigen Politik haben dürfte. (?)

* Der angebliche Spion General Siletta hat noch kein Geständnis abgelegt, er erklärte vielmehr, die Aufzeichnungen in seinem Notizbuche beträfen lediglich bekannte militärische Dinge, die sich jedermann verschaffen könne. Der General versichert ferner, keinen Auftrag von der italienischen Regierung erhalten zu haben.

* Esterhazy soll in Begleitung mehrerer Geheimpolizisten in Paris gesehen worden sein. Bestätigt sich diese Meldung, so hätte die englische Regierung den Czmajor wegen der Betrugsaffäre mit seinem Vetter ausgeliefert.

* Es verlautet in unterrichteten Kreisen von Paris, General Siletta gehe jedes Jahr nach Nizza auf Urlaub, wo er eine Besichtigung habe. Eine besondere Mission habe er nicht, es handle sich um einen der gewöhnlichen beklagenswerten Grenzwirtschaftsfälle.

* Aus Paris. Ribot hat das Unterrichtsministerium angenommen.

Ver mis ch tes.

§ Die diesjährigen Kaisermandover werden vom 11. bis 15. September in der Gegend zwischen Pforzheim u. Weildorf stattfinden. In der Hauptstadt soll es sich um das Zusammentreffen des von Stuttgart anmarschierenden 13. und des von Karlsruhe anmarschierenden 14. Armeekorps handeln. Das Eingreifen des 15. Armeekorps bleibt vorbehalten. Die Stärke der an den Übungen teilnehmenden Truppen beläuft sich auf: 91 Bataillone Infanterie und Jäger, 97 Eskadronen, 70 Batterien, einschließlich 8 reitende, 4 Pionierbataillone usw.

§ Uelzen (Hannover), 13. Juni. Ein furchtbarer Waldbrand ist gestern in der Nähe der königlichen Forst Wiebeck ausgebrochen. Das Feuer entstand in dem Föhrenbestand des Hofbesizers Bruch-Dumstorf und ergriff einen kolossalen Waldkomplex. In Flammen standen die Forsten der Hofbesizer Behne, Kähler u. Pröhl, Demgrabe, der Gemeinde Seedorf und des Gutes Horn. Nur der Bestzer dieses Gutes ist versichert. Abgebrannt sind etwa 900 Morgen Waldungen, größtenteils 20 bis 30jährige Föhrenbestände. Aus allen umliegenden Ortschaften eilten Spritzen herbei, auch beteiligten sich einige Hundert Dorfbewohner an dem Fällen von Bäumen, Aufwerfen von Gräben und Dämpfen mit Sand. Man vermuthet Brandstiftung.

§ Nachen, 13. Juni. Der Oberlehrer Dr. Polis, der im vorigen Jahre, wegen Sittlichkeitsverbrechen angeklagt, sich aus Nachen flüchtete und 20 000 M. Kaution versallen ließ, ist unter Stellung neuer Kaution jüngst zurückgeführt. Von der Strafkammer wurde Dr. Polis nunmehr ohne Hauptverhandlung außer Verfolgung gesetzt, und sämtliche Kosten wurden der Staatskasse auferlegt, weil zwei als Belastungszugewinnen aufgetretene Schulmädchen ihre früheren Aussagen widerriefen, und dem 3. Schulmädchen als unzuverlässig nicht geglaubt wurde.